



Pressemitteilung

Mit der Bitte um Veröffentlichung

**Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft**
Landesverband Bremen
Bahnhofsplatz 22 - 28
28195 Bremen

Tel.: 0421 - 33 76 40
Fax: 0421 - 33 76 430
Internet: www.gew-hb.de
e-Mail: info@gew-hb.de

Ansprechperson: **Andreas Staets**
Tel.: 0175-9337729

3.000 Menschen demonstrieren für höheren Bildungshaushalt Eltern, Lehrkräfte und SchülerInnen gegen chaotische Kürzungen

„Der verabschiedete Bildungsetat reicht weder für eine qualitativ gut ausgestattete Schule noch für die von der Koalition beschlossenen Schulentwicklungsvorhaben“ stellte der Stadtverbandssprecher der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Harry Eisenach fest. Die GEW hatte angesichts der kurz vor den Sommerferien bekannt gewordenen Kürzungen im Bildungsetat gemeinsam mit Eltern und Schülern zu einer Kundgebung vor der Bürgerschaft aufgerufen, in der heute zeitgleich eine Sondersitzung der Bildungsdeputation stattfand. Allein, um die Schüler-Lehrer-Relation der anderen Stadtstaaten Berlin und Hamburg zu erreichen, wären im Land Bremen 400 zusätzliche Lehrerstellen nötig, rechnete der Gewerkschafter vor und ergänzte: „Wer Inklusion, Oberschulaausbau und Ganztagschulen beschließt, muss dafür auch zusätzliches Geld bereit stellen!“

Am Morgen hatte eine kurzfristig einberufene Personalversammlung der Lehrkräfte im vollbesetzten Schlachthof in einem einstimmig beschlossenen Antrag unter anderem die „umgehende Erhöhung des Bildungsetats“ gefordert. Neben den mehr als 1.000 Lehrerinnen und Lehrern demonstrierten im Anschluss etwa 500 Schülerinnen und Schüler vom Schlachthof zum Marktplatz, auf dem sich bereits viele SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen versammelt hatten.

In einem Brief an Bürgermeister Jens Böhrnsen, den bereits heute viele Bremerinnen und Bremer unterschrieben haben, fordert die Bildungsgewerkschaft den Präsidenten des Senats auf, „dafür Sorge zu tragen, dass das gegenwärtige Chaos von Reformversprechungen und Haushaltskürzungen beendet wird. Sorgen Sie für eine ausreichende Finanzierung der Bildung!“